

Editorial

Autor(en): **[s.n.]**

Objektyp: **Preface**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **75 (1997)**

Heft 2

PDF erstellt am: **23.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

<http://www.e-periodica.ch>

Im siebten Jahr der Rezession sind massive strukturelle Veränderungen in der Arbeitswelt, Flexibilisierung der Lohnarbeit, steigende Arbeitslosigkeit und Konjunkturanhebungsbemühungen des Bundes mittels Investitionen (natürlich einmal mehr vorwiegend in der Bauindustrie – nicht gerade frauenfreundlich oder bildungsoffensiv) gewichtige Themen der Innenpolitik. Man streitet sich um die Verteuerung des Faktors «Arbeit» und um die Finanzierung der Arbeitslosenversicherung, während gleichzeitig das BIGA zu einem Selbstbedienungsladen einzelner Mitarbeiter verkommt. Der Faktor «Arbeit» prägt oder gefährdet auch wesentlich die Demokratie. So analysiert der deutsche Soziologe Ulrich Beck: «Wer nicht eine minimale Sicherheit genießt, wer keine Existenzperspektive hat, kann auch nicht aktiver Bürger sein und die Demokratie lebendig gestalten.»

«Arbeit» hat eine vielfältige Geschichte. Erst auf dem Hintergrund dieser Geschichte, die Heidi Witzig in ihrem Artikel mal ernst, mal ironisch skizziert, wird deutlich, wie grundlegend sich «Arbeit» verändert hat und welche Veränderungen noch zu erwarten sind. Wenn sich «Arbeit», traditionell Mittelpunkt eines (Berufs-)Lebenslaufes, verändert, wird sich zwingend auch jede Biographie grundlegend ändern. Die meisten ArbeitnehmerInnen können heute, wie Peter A. Schmid zeigt, nicht mehr mit einer kontinuierlichen Berufsbiographie rechnen. Arbeit auf Abruf, Teilzeitarbeit, Zeitarbeiten verweisen auf die Tatsache, dass die Arbeitsbiographie und Arbeitsverhältnisse höchst prekär geworden sind. LohnarbeiterInnen werden zu ManagerInnen ihrer individuellen Job-Portfolios: verschiedenste Teilzeitjobs und Arbeitsbereiche müssen koordiniert werden. Bereits spricht man von McJob: wie im McDonalds ist der Job Fastfood: schnelllebig, billig, gesundheitsschädigend. André Daguét umreisst den notwendigen internen Strukturwandel, den auch die Gewerkschaften durchmachen müssen, um als politisch ernstzunehmende Kraft ins 21. Jahrhundert einzutreten. Die sich verändernden Arbeitsverhältnisse verlangen nach neuen Strategien, die schnell in die Tat umgesetzt werden müssen. Stella Jegher beschreibt, dass im Kontext der globalen Mobilität die Frage der sozialen Sicherheit zu verschwinden droht. Soll soziale Sicherheit an den Lohn, an Arbeit oder aber an die nackte Existenz gebunden werden? Muss man/frau sich also das Leben «verdienen», um ein Recht darauf zu haben?

Gegen diese Misere auf dem Erwerbsarbeitsmarkt braucht es neue politische Entwürfe und Strategien. So schlägt Andi Rieger vor, dass die öffentliche Hand die Kosten einer Arbeitszeitverkürzung übernehmen müsste anstatt die Kosten der Arbeitslosigkeit. Ziel ist die (kleine) Umverteilung der Arbeit. Als alternative Strategie schlagen die InitiantInnen der GeGAV-Initiative die grosse Umverteilung vor: Sie wollen eine prinzipielle Umverteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeiten, Voraussetzung, dass überhaupt eine gerechte(re) Gesellschaft konkretisiert werden könnte. Katharina Kerr stellt engagiert das dritte Modell vor: das Garantierte Mindesteinkommen GME. Das GME würde das Menschenrecht auf Leben und Arbeit realisieren und die Existenz sichern. So wäre das GME eine ernsthafte Alternative zur sozialen Absicherung durch Sozialversicherungen, Sozialhilfen oder auch durch das «Risiko Ehemann».

Gefragt ist eine Politik, die einen Arbeitsmarkt schafft, in dem die Menschen wieder im Mittelpunkt stehen und die jene aktuelle Realität verändert, die die Wirtschaft vom Menschen befreit (Jürgmeier). Die Fabrikarbeiterin und Philosophin Simone Weil schrieb bereits in den 40er Jahren in ihr Fabrikstagebuch nach einem harten und ermüdenden Tag am Fließband: «Es geht nicht darum, die Menschen entweder gefügig oder glücklich zu machen; es geht darum, niemanden zu zwingen, sich zu erniedrigen.»

Die neuen Arbeitswelten produzieren neue Realitäten. So schreibt Iris Krebs zu ihren Fotos: «In einer Werkstatt weiden Personen täglich alte bzw. veraltete Computer aus. Sie sortieren Kabel, Alu, Gussmetall, Kodensoren, Leiterplatten mit und ohne Gold etc. etc. und führen das Material zur fachgerechten Entsorgung oder Recycling weiter. Die zu bearbeitenden Computer stapeln sich im Nebenraum. Die Arbeit geht offensichtlich nicht aus, die Hardware muss immer schneller ausgewechselt werden. Und solange nicht das grosse Geld mit dem Computer-Recycling verdient werden kann, ergeben sich einige Arbeitsplätze für eine Randgruppe.»

Die letzte Rote-Revue-Nummer zum Thema «New Public Management» hat einige Reaktionen ausgelöst. Peter Hablützel, SP-Genosse, Direktor des eidgenössischen Personalamtes und Mitherausgeber des NPM-Standardwerkes «Umbruch in Politik und Verwaltung» hat sich bei der Redaktion gemeldet. Die in der NPM-Nummer vorwiegend sehr kritisch geäußerte Haltung gegenüber New Public Management/wirkungsorientierte Verwaltung hat ihn zu einer Reaktion herausgefordert. Er äussert sich im Echo zu den von NPM-Kritikerin Katharina Kerr formulierten Thesen. Die Redaktion hofft, dass die Debatte öffentlich und kontrovers weitergeführt wird, da sicherlich Verwaltungen und Schulen weiterhin unter Sparzwang und NPM-Anpassungsdruck stehen werden und NPM Thema bleiben und hitzige Debatten liefern wird.

Die Redaktion